

# Mehr soziale und ökologische Chancengleichheit: Die soziale Dimension biologischer Vielfalt geht uns alle an!

## Gemeinsame Erklärung der Verbände:

**Deutsche Umwelthilfe (DUH), Deutscher Naturschutzring (DNR), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Naturschutzbund NRW (NABU-NRW), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Sozialverband Deutschland (SoVD)**

Die Bedeutung der biologischen Vielfalt für die Lebensqualität von Menschen ist immens: Bäume, Parks, Wälder, Gärten und Gewässer sind wichtig für Erholung und Entspannung in der Stadt. Naturnahe Freiräume in der Stadt bieten Anlässe für soziale Kontakte in der Nachbarschaft und wirken so im positiven Sinne quartiersbildend. Dies ist in sozialer Hinsicht ein sehr wichtiger Aspekt, da die Möglichkeiten der nachbarschaftlichen Einbindung in ein Quartier, gerade für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen von sehr hoher Bedeutung sind. Zudem regt das Vorhandensein von Naturräumen dazu an, sich zu bewegen. Das ist in Zeiten, in denen immer mehr Menschen an den Folgen von Bewegungsmangel leiden, ein wichtiger Faktor der Gesundheitsvorsorge. Die Natur erbringt vielfältige Dienstleistungen mit positiven Effekten auf die Gesundheit der Menschen. So reduzieren beispielsweise Pflanzen durch ihre Filterfunktion Staub- und Lärmemissionen, wodurch gas- und partikelförmige Luftschadstoffe gemindert werden und sich das Mikroklima in Quartieren verbessert. Die Lebensqualität von Menschen in ihrem direkten Wohnumfeld wird durch die Natur entscheidend beeinflusst – auch hierin liegt die soziale Dimension der biologischen Vielfalt.

Es ist bekannt, dass die Lebensbedingungen von einkommensschwachen Gruppen in Deutschland nicht nur durch negative sozioökonomische Bedingungen geprägt sind, sondern ebenso durch eine im schichtspezifischen Vergleich höhere Umweltbelastung. Trotzdem wird der ökologischen Dimension von Gerechtigkeit noch zu wenig Beachtung geschenkt. Eine Ungleichverteilung ökologischer Güter, wie zum Beispiel saubere Luft oder intakte Grünflächen, verschärft bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft. Sozial- und umweltepidemiologische Studien der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass der soziale Status mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind. So leben beispielsweise Familien mit niedrigem Einkommen statistisch gesehen häufiger an stark befahrenen Straßen und sind dementsprechend auch einer höheren Schadstoffbelastung ausgesetzt. Eine lebenswerte Umwelt frei von Schadstoffen ist aber wichtig für die gesunde Entwicklung des Menschen, gerade für Kinder und Jugendliche. Naturnahe Grün- und Freiflächen bieten zudem ein enormes Potenzial an Bildungs- und Entwicklungschancen. Für Kinder, die sozial und ökonomisch benachteiligt sind, bilden solche kostengünstigen Entfaltungsmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld häufig die einzige Möglichkeit zur unmittelbaren Naturerfahrung. Gerade in sozial benachteiligten Quartieren finden sich jedoch seltener Grün- und Freiflächen, die zum Spielen, Toben und Entdecken einladen.

Diese soziale und ökologische Ungleichheit erschwert die gesellschaftliche Teilhabe und die Wahrnehmung von Verwirklichungschancen auf der individuellen Ebene und belastet das Gemeinwesen mit zusätzlichen Kosten: Bildungs- und Umweltgerechtigkeit führen zu hohen Sozial- und Gesundheitsausgaben. Immer deutlicher wird deshalb, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit nur gemeinsam gedacht und erreicht werden sollten.

Durch eine vorsorgende, strategische Herangehensweise in politischen Planungen kann die Umweltpolitik entscheidend dazu beitragen, die Lebensbedingungen sozial benachteiligter Gruppen in Deutschland zu verbessern. Es ist eine Entlastung jener Bevölkerungsteile notwendig, die am

stärksten von ökologischer Ungleichheit betroffen sind, also keinen Zugang zu Natur haben oder einer überdurchschnittlichen Schadstoffbelastung ausgesetzt sind.

Die unterzeichnenden Verbände wollen mit dieser Erklärung auf die existenzielle Bedeutung sozialer und ökologischer Chancengleichheit für die Zukunftsgerechtigkeit der Gesellschaft hinweisen und fordern die politischen Entscheidungsträger dazu auf:

- Umweltbezogene Ungleichheiten entschlossen zu bekämpfen.
- Den Zusammenhang zwischen Biodiversität und Lebensqualität, sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und gesundheitlicher Chancengleichheit stärker zu beachten.
- Innerstädtische naturnahe Freiflächen zu erhalten und Biodiversität als wichtiges Ziel in die Stadtplanungsprozesse zu integrieren.
- Biodiversität im Wohnumfeld als Ort der für Erholung, Entspannung, Umweltbildung und gesellschaftlicher Teilhabe zu stärken.
- Sich verstärkt für die qualitative und quantitative Aufwertung von Grün- und Freiflächen in Städten und speziell in sozial benachteiligten Quartieren einzusetzen. Öffentliche Parks, Gärten, Stadtwälder und andere Naturerfahrungsräume müssen allen Menschen unabhängig ihres sozialen Status zur Verfügung stehen.
- In Quartieren, in denen die Lebensqualität der Bewohner besonders stark durch Lärm- und Schadstoffemissionen beeinträchtigt wird, Maßnahmen zur Lärm- und Schadstoffminderung zu ergreifen und dabei besonders auf die Vorteile lokaler Biodiversität zu setzen.
- Besonders für Kinder und Jugendliche Naturerfahrungsräume in ihrem alltäglichen Lebensumfeld zu schaffen. In Tagesstätten und Schulen, Spielplätzen und öffentlichen Freiflächen – speziell in sozial benachteiligten Quartieren – muss ein ausreichendes Angebot zur Naturerfahrung zur Verfügung stehen, um Kinder und Jugendliche in ihrer kognitiven und motorischen Entwicklung zu unterstützen.
- Sich dafür einzusetzen, dass auch für weitere Bevölkerungsgruppen mit geringer Mobilität – beispielsweise ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung – ein ausreichendes und ortsnahes Angebot zur Naturerfahrung geschaffen wird.

Berlin, 3. November 2011

 **Deutsche Umwelthilfe**

 **BUND**  
FREUNDE DER ERDE

  
**NABU**

 **SoVD**  
Sozialverband  
Deutschland

  
**DNR**  
Deutscher Naturschutzring

  
**NABU**  
Nordrhein-Westfalen